



# Rundbrief Februar V 2024

## 1- DPG -Zoom Veranstaltung

### Einladung

DPG -Zoom-Vortrag

18.3.2024 - 19:30 UHR

Riad Othman

**Thema:**

**Die humanitäre Lage im Gazastreifen  
und die Haltung der Bundesregierung zum Gaza Krieg**



Riad Othman wird in seinem Vortrag über die humanitäre Lage im Gazastreifen und die vielfältigen Herausforderungen und Hindernisse bei der Versorgung der Menschen sprechen. Hierbei wird er auch über die Hintergründe und Konsequenzen der Angriffe auf die UNRWA eingehen und die Haltung der Bundesregierung im Gaza Krieg kritisch hinterfragt.

**Riad Othman** arbeitet seit 2016 als Nahostreferent für die Hilfsorganisation medico international. Davor war er medico-Büroleiter für Israel und Palästina.

### Beitreten Zoom Meeting

<https://us02web.zoom.us/j/87379040169?pwd=L0Vzc0FUSFIxZ3liTHJjbEx6RDdEUT09>

Meeting-ID: 873 7904 0169

Kenncode: 432349

## 2- des ECCP (European Coordination of Committees and Associations for Palestine)

Liebe Mitglieder,

Die DPG ist Mitglied des ECCP (European Coordination of Committees and Associations for Palestine), das seinen Sitz in Brüssel hat. Im Folgenden wollen wir Euch über Aktionen des ECCP gegen den Krieg in Gaza sowie über brüsseler Debatten auf EU-Ebene informieren.

1. Das ECCP ruft alle EU-Außenminister\*innen dazu auf, internationalen Druck auf Israel auszuüben, die durch den Internationalen Gerichtshof (IGH) am 26. Januar verhängten Maßnahmen auch tatsächlich umzusetzen. Das IGH hat Israel genozidale Akte (Töten von Palästinensern, Zufügen von seelischem und körperlichem Leid, Zerstörung der Lebensgrundlagen) verboten und angeordnet, humanitäre Hilfe für die Menschen in Gaza vollumfänglich und ohne Beschränkungen zuzulassen. Zu diesem Zweck hat das ECCP

eine digitale Briefaktion in vielen europäischen Landessprachen an die jeweiligen Außenminister\*innen und UN-Botschafter\*innen initiiert. Es geht darum, alle europäischen Länder massiv und weitflächig aufzufordern, Israel unter Druck zu setzen, dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs (IGH) nachzukommen. ([siehe Link](#)). Die deutschsprachigen Aufrufe findet ihr für Deutschland unter ([siehe Link](#)) sowie für Österreich unter ([siehe Link](#)). Es gibt einen Promo-Film zu der Aktion mit englischen Untertiteln ([siehe Link](#)).

2. **Forderung nach Kündigung des EU-Assoziierungsabkommens:** Europäische und palästinensische NGOs, darunter auch die DPG, haben sich in einem offenen Brief an die Präsident\*innen der Institutionen der Europäischen Union mit der Forderung nach Aufkündigung des Assoziierungsabkommens mit Israel gewandt. Die Begründung: Die Grundlage des Assoziierungsabkommens ist die Respektierung von Menschenrechten. Israel hat in Gaza nicht nur das Humanitäre Völkerrecht eklatant verletzt, sondern steht auch unter dem plausiblen Verdacht durch das IGH, in Gaza einen Genozid zu verüben. Damit wurde die Grundlage des Abkommens obsolet. siehe den englischen Wortlaut des Briefes unter ([siehe Link](#)). Hinweis: Bis zum 23. Februar können sich noch weitere Organisationen dem Aufruf über die genannte Webseite anschließen.
3. **Spanien und Irland fordern Revision des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel:** In einem dringenden Appell und vor dem Hintergrund des drohenden Angriffs auf Rafah haben der irische und der spanische Premierminister, Leo Varadkar und Pedro Sanchez, am letzten Mittwoch, den 14. Februar, die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, zu einer dringenden Revision des Assoziierungsabkommens mit Israel aufgerufen. (siehe im Anhang den Wortlaut des Briefes).
4. **Ungarn und Tschechien verhindern EU-Sanktionen gegen Siedler:** Frankreich, Irland, Belgien und Spanien fordern die Verhängung von EU-Sanktionen gegen radikale israelische Siedler. Inzwischen hat sich auch Deutschland der Position angeschlossen. Allerdings hat das Veto Ungarns und Tschechiens die Verhängung von Sanktionen verhindert. ([Siehe Link](#)).
5. **Stopp von Waffenexporten:** Vor dem Hintergrund des IGH-Urteils wurden erste Waffenembargos gegen Israel verhängt. Der Präsident des **belgischen Regionalparlaments in Wallonien** suspendierte am 6. Februar zwei Exportlizenzen zur Ausfuhr von Munition nach Israel. Die Regionalregierung verwies in ihrer Begründung auf das IGH-Urteil sowie auf die katastrophale humanitäre Lage in Gaza. In den **Niederlanden** hat ein Gericht am Montag, den 12. Februar, der Regierung eine Woche Zeit gegeben, um alle Exporte von Komponenten für F-35-Kampffjets zu unterbinden. Das Urteil erfolgte aufgrund einer Klage der Hilfsorganisationen Oxfam Novib, PAX Netherlands Peace Movement Foundation und The Rights Forum gegen die niederländische Regierung. **Spaniens Außenminister** José Manuel Albares erklärte im Januar, das Land habe seit Beginn des Krieges keine Waffen an Israel verkauft. Inzwischen bestehe ein Embargo für Waffenverkäufe. Am 20. Januar erklärte auch der **italienische Außenminister**, dass sein Land seit dem Ausbruch des Gaza-Krieges am 7. Oktober alle Lieferungen von Waffensystemen oder militärischem Material an Israel ausgesetzt habe. Auch das japanische Unternehmen Itochu, eines der größten japanischen Wirtschaftskonglomerate hat die Kooperation mit dem israelischen Rüstungsproduzenten Elbit Systems vor dem Hintergrund des IGH-Verfahrens eingestellt. Die größten Rüstungslieferanten Israels sind die **USA** gefolgt von **Deutschland** und **Großbritannien**. Am 13. Februar hat der US-Senat zusätzliche Militärhilfe in einem Gesamtvolumen von 14 Mrd.\$ genehmigt. 28 % der israelischen Waffenimporte kommen aus Deutschland. Diese haben sich 2023 im

Vergleich zum Vorjahr verzehnfacht. Zurzeit prüft die Bundesregierung die Lieferung von 10.000 Schuss Panzermunition an Israel.

6. **Forderung nach Revision der Wissenschaftskooperation:** In einem offenen Brief an die EU fordern über 400 europäische Wissenschaftler eine Überprüfung der Forschungsk Kooperation mit Israel, an der bislang auch israelische Rüstungsunternehmen wie Elbit Systems oder die Israeli Aerospace Industries beteiligt seien. Akademische Institutionen dürften nicht mit israelischen Partnern kooperieren, wenn diese Partner direkt oder indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt sind. Der Aufruf ist abrufbar unter ([Siehe Link](#)).
7. **UNRWA-Finanzierung:** Der EU-Außenbeauftragte Borell hat sehr deutlich gemacht, dass die EU-Zahlungen an die UNRWA nicht suspendieren wird. Es gibt widersprüchliche Informationen bzgl. der weiteren Finanzierung der UNRWA durch Deutschland. Auf der Regierungspressekonferenz vom 29. Januar erklärte der Sprecher des Auswärtigen Amtes Fischer, dass die Bundesregierung die Zahlungen an die UNRWA bis zum Abschluss der Untersuchungen über eine mögliche Beteiligung von Mitarbeitern am Massaker gegen israelische Zivilisten am 7. Oktober abgeschlossen hätte. Die für die UNRWA vorgesehenen Mittel würden anderen in Gaza tätigen Hilfsorganisationen wie dem UN-Kinderhilfswerk UNICEF oder dem Internationalen Roten Kreuz IRC zur Verfügung gestellt werden. Demgegenüber erklärte Borell in einem informellen Treffen der EU-Außenminister\*innen, dass Deutschland die Zahlungen nicht suspendiert hätte. ([Siehe Link](#))
8. Der schwankenden Haltung der Bundesregierung mag auch eine ganz eigennützige Überlegung zugrunde liegen. Palästinenser\*innen, die bei der UNRWA registriert sind und durch ihre Institutionen betreut werden, fallen nicht unter den Flüchtlingsstatus des UN-Flüchtlingswerkes UNHCR und sind somit nicht berechtigt, Asyl in Europa zu beantragen. Sollte die UNRWA ihre Arbeit einstellen, müsste die EU mit hunderttausenden palästinensischen Asylanträgen rechnen – so die zynische Überlegung. ([Siehe Link](#))

President Ursula von der Leyen  
Executive Vice-President Valdis Dombrovskis  
European Commission

Mr Charles Michel  
President of the European Council

Ms Roberta Metsola  
President of the European Parliament

Prime Minister Alexander De Croo  
Presidency of the Council of the European Union

Mr Josep Borrell  
High Representative of the European Union for Foreign Affairs and Security Policy

**Dear Madam/Sirs,**

The undersigned organisations call on the EU to **suspend the EU-Israel Association Agreement** in light of the violation of human rights by the State of Israel. These human rights violations constitute a violation of the “essential elements” clauses which state that the Agreement is conditional upon the parties'

respect for human rights and democratic principles. We unequivocally condemn all violations of international law, in particular the killing of civilians and call on the relevant authorities to investigate them without delay .

Israel's current war on Gaza is causing massive civilian casualties, extensive destruction of civilian infrastructure and the displacement of the overwhelming majority of the population in Gaza.<sup>1</sup> The health system in Gaza has collapsed, hospitals have been bombed and destroyed, health staff killed. The population of Gaza is at imminent risk of famine and death by contagious disease. This is the result of the bombardment of Gaza and blockage by Israel of food, water, fuel, medicines, humanitarian aid and disruption of the sewage system. These are clear, well-documented violations of the human rights of Palestinians.

Human rights abuses by the Israel government did not start in 2023, however. The United Nations Human Rights Council has concluded that prior to this period grave human rights abuses have been committed. The establishment and expansion of illegal settlements in the West Bank is among these human rights violations, leading to, among others, the expropriation of private land owned by Palestinians, racial segregation due to the forced eviction of Palestinians and the demolition of their property, a climate of impunity for perpetrators of settler violence and the involvement of Israeli security forces in such violence, and restrictions of freedom of movement for Palestinians.<sup>2</sup> The European Council expressed its concerns that the blockade of the Gaza strip (prior to October 2023) “amounts to the collective punishment of the residents of Gaza and (is concerned) about its adverse impacts on the enjoyment of the right of freedom of movement and other rights of the covenant, including access to basic and life saving services.”<sup>3</sup>

The EU considers respect for human rights to constitute an essential element of EU association agreements with partner countries. The provisions of the EU-Israel Association Agreement states that the parties establish the association “considering the importance which the Parties attach...[ ] to the principles of the United Nations Charter, particularly the observance of human rights and democracy, which form the very basis of the Association;”... and Article 2 states that

*“relations between the Parties, as well as all the provisions of the Agreement itself, shall be based on respect for human rights and democratic principles, which guides their internal and international policy and constitutes an essential element of this Agreement.”*

The violation of the so-called “essential elements” clauses enables the EU to terminate or suspend fully or partially the agreements, in accordance with Article 60 of the Vienna Convention on the Law of Treaties. Article 82 of the Association Agreement provides that “Each of the Parties may denounce the Agreement by notifying the other Party.”

In spite of the above mentioned, and other well-documented violations of human rights and democratic principles by the State of Israel, its economy continues to enjoy privileged access to the EU market through the EU-Israel Association Agreement. Trade between the EU and Israel has increased substantially since the signing of the agreement in 2000. The EU is Israel's biggest trade partner, accounting for 28.8% of its trade in goods in 2022<sup>4</sup>.

According to [EU official policy](#) outlined in the '[Common Approach on the use of political clauses](#)', agreed by Coreper in 2009<sup>5</sup>, “serious breaches of the essential elements clauses may trigger the suspension in whole or part of the overall framework agreement and all the linked agreements, including the trade agreement (non-execution clause).” There can be no denying that Israel's treatment of Palestinians constitutes at the very least, a serious breach of the human rights clauses in the EU-Israel Association Agreement. It would appear that any political and human rights dialogue that the EU has held with Israel has not been effective in preventing these violations, war crimes and other crimes against humanity.

---

<sup>1</sup> <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20231228-app-01-00-en.pdf>

<sup>2</sup> CCPR/C/ISR/CO/5, par. 15, 24, 36 and 42

<sup>3</sup> CCPR/C/ISR/CO/5, par. 38

<sup>4</sup> [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/israel\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/israel_en)

<sup>5</sup> [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/637975/EPRS\\_BRI\(2019\)637975\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/637975/EPRS_BRI(2019)637975_EN.pdf)

On the 26th of January 2024, the International Court of Justice ruled that the at least some of the accusations by South Africa that Israel is committing genocide could be plausible.<sup>6</sup> The judges established that it is appropriate to investigate the evidence presented, accept the charges and dismissed Israel's call to reject the trial. The court ordered Israel to take measures to prevent a possible genocide in progress that include allowing more humanitarian aid into Gaza and acting against those who issue genocidal statements.<sup>7</sup> Though the final verdict is yet unknown, the fact that the ICJ considered South Africa's claims as 'plausible' and has issued provisional measures against Israel should raise serious alarm bells in the EU. Regardless of the final ruling of the ICJ, there are clear violations of human rights by Israel.

What is currently happening in Gaza is the consequence of a political and moral failure of the international community. Suspension of the Association Agreement over the violation of the Agreement's human rights clauses would send a strong message that the EU's commitment to human rights is more than just rhetoric.

**We urge you to suspend the EU-Israel Association Agreement without delay.**

-----

**Spende**  
**Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.**  
**Kontoverbindung**

**IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10**  
**BIC: GENODED1SPK**

**Spende Zweck: Gaza – Palästina**



**Ende der Besatzung ist der Schlüssel für den Frieden**

---

<sup>6</sup> ICJ/192, paragraph 54

<sup>7</sup> ICJ/192, paragraph 86